

Vor zwei Wochen ist in Mannheim ein neunundzwanzigjähriger Polizist ermordet worden. Nach dem heimtückischen Messerangriff eines Islamisten war er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Er hatte versucht, den Täter aufzuhalten, und wurde dabei von ihm mehrmals in den Kopf gestochen. „Wir trauern um einen Polizeibeamten, der für unsere Sicherheit sein Leben gegeben hat“, lautete die schlicht schockierende Mitteilung aus der zuständigen Behörde.

Es ist der Albtraum einer sowieso schon wenig traumhaften Berufsgruppe. Dass einer von seiner Schicht nicht wohlbehalten zurückkommt, dass er im Dienst bedroht, verletzt, sogar getötet wird. Die Aggressivität gegenüber Repräsentanten der Staatsgewalt, das liest und hört man immer wieder, wächst kontinuierlich. Die Hemmschwelle, ihnen gegenüber Gewalt anzuwenden, sinkt – nicht nur, aber vor allem in migrantischen Milieus. Das müsste eigentlich einhergehen mit einem gesteigerten Ansehen innerhalb der ordnungliebenden Mehrheitsgesellschaft.

Denn Polizisten sind meistens dort, wo es gefährlich wird. Wo Konflikte zwischen Menschen eskalieren und Straftaten begangen werden, die die Ordnung des Gemeinwesens stören. Polizisten stehen an der vordersten Front der Exekutive und müssen oft genug ihren Kopf hinhalten, wenn Menschen ihrem Unmut gegenüber Staat und Regierung Ausdruck verleihen. Gemessen an all dem Risiko und der mentalen Last, die sie auf sich nehmen, erfahren Polizisten zu wenig Anerkennung in unserer Gesellschaft. Das drückt sich nicht nur in einer immer stärker werdenden Missachtung ihrer Autorität aus, sondern auch durch eine vergleichsweise miese Vergütung. Zum Teil werden Polizeibeamte mittlerweile schlechter bezahlt als ihre öffentlichen Dienstkollegen in der Verwaltung. Und müssen – wie jetzt bei der anstehenden Fußballeuropameisterschaft – Urlaubssperren, Überstunden und Nachtschichten über sich ergehen lassen. Unabhängig davon, dass sie auch als Privatpersonen dazu verpflichtet sind, bei jeder Straftat sofort zu handeln. Zu all dem kommt das politische Misstrauen jener, die innerhalb der Polizei überall rechtslastige Tendenzen sehen wollen und sie gern unter Generalverdacht stellen. Manchmal denkt man bei all den negativen Schlagzeilen und unangenehmen Arbeitsbedingungen: Wer will diesen Job eigentlich noch machen?

Grund genug, die Alltagsarbeit der Polizei einmal durch eine anteilnehmende Beobachtung zu würdigen. Grund genug, einmal etwas früher aufzustehen und mit auf Streife zu fahren. Und zwar nicht in einer Metropole, nicht dort, wo die Personaldecke noch einigermaßen dicht ist, sondern auf dem Land, da, wo zwischen zwei Wächen Dutzende Kilometer liegen.

Sechs Uhr morgens von der Polizeiinspektion Uckermark. Links vom Eingang sitzen Krähen auf einem Kriegerdenkmal und krakeelen in den Morgennebel. Hinter dem gerade im Umbau begriffenen Gebäude der Prenzlauer Dienststelle läuft die alte Stadtmauer, die immer schon unmittelbar an „das Gewahrsam“ grenzte und so die Inhaftierten an ihre Außenseiterstellung innerhalb der Bevölkerung erinnerte.

Zwei der insgesamt zweihundertzwanzig Prenzlauer Kollegen haben sich für die Morgenschicht bereit gemacht, haben ihre Dienstwaffe, ihr Pfefferspray, ihre Handschellen und ihren Einsatzstock (fachmännische Abkürzung: EKA) an die Koppel geschnallt und sich erste Einsatzinformationen geben lassen. Die zwei sind zufällig zusammengemischt worden, einer ist als Polizeihauptmeister schon seit dreund-dreißig Jahren Revierpolizist in Prenzlau, der andere ist seit dreizehn Jahren Polizeihauptkommissar in der Stadt. Auf Streife fährt man schon aus Selbstschutzgründen



Streifefahren geht eben nicht im Homeoffice: Drei Kollegen der Prenzlauer Polizei vor ihrem Dienstwagen

Foto Sophie Kirchner

Zum Beispiel Prenzlau

Wer will diesen Job noch machen?

Anfeindungen durch die Bürger, Zumutungen durch mangelhafte Ausstattung, viele Sonntagsschichten und am Ende des Monats nicht genug Geld auf dem Konto: Es gibt viele gute Gründe, warum wir der Polizei mehr Dankbarkeit und Respekt entgegenbringen sollten – besonders angesichts zunehmender Gewalt gegenüber Einsatzkräften. Unterwegs mit einem Streifenwagen in der Uckermark.

immer zu zweit – und ist im ständigen Kontakt mit der Leitstelle.

Der erste Einsatzbefehl lautet: Anzeigenaufnahme nach einem Wildunfall. Um zum Ort des Geschehens zu gelangen, müssen erst einmal gute dreißig Kilometer zurückgelegt werden. Das ist im flächenmäßig zweitgrößten Landkreis Deutschlands die entscheidende Herausforderung für die Uckermärker Polizei: die Weite. Das bedeutet auf der anderen, notrufenden Seite wiederum: Lange Wartezeiten. Denn ihre sogenannten Sonderrechte nimmt die Polizei nur in Anspruch, wenn es wirklich dringend ist, etwa ein Verkehrsunfall mit Personenschaden gemeldet wird. Dass der Verursacher eines Wildunfalls einen Anschlusstermin hat, rechtfertigt noch kein Blaulicht. Und so vergeht zwischen dem Notruf und dem Eintreffen der Einsatzkräfte schon einmal eine gute Stunde.

Am Unfallort ist die Lage schnell erfasst und nur aus Herzensgründen dramatisch. Ein Dachdecker hat in der morgendlichen Dämmerung ein trächtiges Reh touchiert. Im Todesschreck hat das Tier seine drei Kitze geboren, die gleich darauf auch verendet sind. Und so liegt jetzt die tödlich verunglückte Mutter mit ihren drei toten Kindern im blutigen Gras am Straßenrand, die Augen weit aufgerissen, voller Unglauben, dass ihr so ein furchtbares Unglück widerfahren konnte.

Durchschnittlich drei Wildunfälle pro Tag zählt die Polizei in diesen Frühsommertagen, eine tragische Statistik, auch wenn es auf Menschenseite meist bei

Bleischäden und Schockmomenten bleibt. Die Erfassung des Unfallhergangs dauert trotz eindeutiger Sachlage eine gute halbe Stunde. Da teilt der Streifenpolizist das Schicksal des Bereitschaftsarztes – Bürokratie verursacht selbst die kleinste Petitesse.

Weiter geht's. Streife fahren heißt für die Einsatzkräfte immer auch auf Sonderbarkeiten achten, dem eigenen Spürsinn vertrauen. Links an der Landstraße steht auf einem Privatgrundstück ein Auto auf Gleisen. Jemand hat die Räder abgeschraubt und die Radlager direkt auf die Schienen gesetzt. Ein seltsamer, fast surrealer Anblick wie aus einem Buñuel-Film. Die beiden Kollegen runzeln die Stirn und können doch keine Ordnungswidrigkeit ausmachen, da der Schienenweg ja nicht im öffentlichen Verkehrsraum liegt. Es folgt ein kurzes Klärungsgespräch mit dem Anwohner, dessen Sohn offenbar der Besitzer des umgerüsteten Kraftfahrzeugs ist. Man habe die Erlaubnis zur Benutzung der Schienen vom Eigentümer des Landes, einem gewissen „Herrn Olearius“, ruft der korpulente Mann über den Gartenzaun, „sogar schriftlich“. Das Polizistenduo wiegelt ab, alles in Ordnung, kein Grund zur Beunruhigung.

Das surreale Gleisauto scheint in der Tat in Ordnung. Der Mann, der die Erlaubnis dazu erteilt hat, ist es nicht. Hinter dem ominösen „Herrn Olearius“ verbirgt sich der mehrfach wegen schwerer Steuerhin-

terziehung angeklagte deutsche Bankier Christian Olearius, der eine Schlüsselrolle im sogenannten Cum-ex-Skandal spielt, jenem Hamburger Bankenkrimi, der auch den amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz nach wie vor belastet. Olearius hat in der Uckermark seit Ende der Neunzigerjahre ein ganzes Konglomerat an Gütern aufgekauft und zu landwirtschaftlichen Betrieben umgebaut – nicht ohne dass sich dagegen Protest äußerte. „Gutsherrenart: Landbesitzer riegelt die Uckermark ab“, titelte schon 2003 die „Berliner Morgenpost“. Eben jener zweifelhafte Finanzmogul ist es also, der dem Mann am Gartenzaun die schriftliche Erlaubnis für sein Privathobby erteilt hat. Nichts, was eine weiterführende Untersuchung rechtfertigen würde, aber ein kleiner detektivischer Fahndungserfolg für den Berichterstatter ist es schon.

Zurück im Streifenwagen. Plötzlich wird der fahrende Polizist ganz still, reißt das Lenkrad herum und ruft: „Festhalten, jetzt steig ich ins Eisen.“ Er hat ein entgegenkommendes Fahrzeug ohne Nummernschild entdeckt, das er nun einholen will. Ein paar Minuten dauert die wilde Verfolgungsjagd, dann kommt der Fahrer auf einem Feldweg zum Stehen. Wie im Film positionieren sich die beiden Einsatzkräfte links und rechts vom Fahrzeug, halten die Hand an der Dienstwaffe, sicher ist sicher. In diesem Fall schaut ein ängstlicher Achtzehnjähriger aus dem Fenster und versucht, sich aus der Sache herauszureden. Der Revierpolizist, der mit seinem Schnurrbart ein bisschen wirkt wie ein exi-

liert US-Sheriff, nimmt sich den Jungen zur Brust, erklärt, unterweist, droht eine Strafzahlung an und lässt ihn dann doch mit einer ernststen Mahnung davorkommen. „Ermessenspielraum“, heißt das im Fachjargon – neben dem Strafgesetzbuch gibt es eben auch noch die Pädagogik, verbunden mit der Hoffnung, dass Abschreckung manchmal besser durch die persönliche Konfrontation mit einem Ordnungshüter als durch ein hohes Strafgeld funktioniert.

Später im Dienstwagen erzählt der Revierpolizist von seinem Lebenslauf. Wie er, der gebürtige Prenzlauer, erst zehn Jahre lang als Vollmatrose zur See gefahren ist, bevor er im Oktober 1991 den ersten Polizeilehrgang im Land Brandenburg durchlief, damals noch unter strenger Aufsicht der Gauck-Behörde, die nach kompromittierten Kollegen aus DDR-Zeiten fahndete. Seit der Wende ist er in Prenzlau im ständigen Einsatz, kennt sich gut aus in der Stadt, weiß, wer mit gebrauchten Landmaschinen handelt oder gerade seinen Job gewechselt hat. „Prenzlau ist ein Dorf“, sagt er lächelnd und winkt einer Kindergartengruppe durchs Fenster zu. Seine Dienstwaffe hat er in 33 Jahren nur einmal zur Abschreckung einsetzen müssen. Generell stellt sich die Deliktlage in Prenzlau nicht aufsehenerregend dar: Maximal ein Tötungsdelikt pro Jahr, stattdessen Ladendiebstähle, Verkehrsunfälle, leichte Formen von Körperverletzung. Wie sieht es mit der insbesondere von der AfD perhorrisierten Ausländerkriminalität in Prenzlau aus? Die Quote nichtdeut-

scher Tatverdächtiger bei Rohheitsdelikten stieg im vergangenen Jahr bei insgesamt 310 Tatverdächtigen moderat von 38 auf 64. Die Aufklärungsquote liegt bei neunzig Prozent. Die AfD-Aussage, dass man nachts nicht mehr sicher auf Prenzlauer Straßen sei, hält man bei der Prenzlauer Polizei für heillos übertrieben.

Zurück in der Polizeiinspektion. Abschlussgespräch mit dem Ersten Polizeihauptkommissar. Was sind die entscheidenden Herausforderungen für die Polizei? Ausstattung und Nachwuchs, Finanzen und Anerkennung – so lassen sich die wichtigsten Probleme zusammenfassen.

Die AfD hält man aus Polizeisicht in Prenzlau für „stark verwurzelt“, eine aktive rechtsradikale Szene sieht man hingegen nicht. Wie schaut man auf den in der Stadt so heftig umstrittenen Bau eines zweiten Flüchtlingsheims? Verändert sich dadurch die Gefahrenlage? „Nicht mit jedem Flüchtling, der kommt, kommt ein Krimineller“, sagt der Erste Polizeihauptkommissar, „aber natürlich ist die Ansammlung vieler junger Männer unterschiedlicher Ethnien eine zusätzliche Herausforderung“. Mithin nimmt man die Angelegenheit auf der Prenzlauer Polizeiwache sportlich: „Wir als Polizei müssen den gesellschaftlichen Wandel mitaushalten und dafür sorgen, dass der Wandel für jeden erträglich ist.“

Wie sicher fühlen sich die Kollegen mit Blick auf die Mannheimer Messerattacke? Auch in Prenzlau gab es vor einigen Jahren einen ähnlichen Vorfall. Im Kreuzungsbereich der Vincentstraße/Ecke Baustraße drang ein Mann mit einem Cuttermesser in einen Funkwagen ein und attackierte einen Polizisten, der dem Angreifer geistesgegenwärtig ins Bein schoss – ein klassischer Fall von Notwehr, und doch verfolgt sie den Kollegen bis heute. Die aktuell diskutierte Zusatzausrüstung mit sogenannten Tasern, also einer Elektroschockpistole, sieht man positiv. Gerade im Angesicht der Haushaltsdebatten müsse die Polizei gut ausgestattet werden. Eine bessere finanzielle Ausstattung könnte auch das Nachwuchsproblem lindern: Während viele Branchen sich gehaltsmäßig gestärkt haben, sei der Polizeidienst inzwischen nicht mehr „solide besoldet“. Dazu komme, dass es ein „Beruf mit einer Menge Entbehrungen“ sei, so der erste Polizeihauptkommissar, ein Beruf mit wenig Flexibilität und schwieriger Work-Life-Balance: „Ich kann den Streifenwagen nicht im Homeoffice laufen lassen.“ Das kann der Berichterstatter nach diesem Praktikumstag bestätigen. Zwar hätte den nummernschildlosen Achtzehnjährigen auch eine Drohne sichten können, aber für die strenge Ansprache, den tiefen Blick in die Augen und die scharfe Verwarnung braucht es eine Autorität vor Ort.

Dass sie von unterschiedlicher Seite immer weniger anerkannt wird, dass man von migrantischen Schülern hört, die auf Polizisten spucken, oder von 1.-Mai-Geewalttätern, die den Einsatzkräften schwere Körperverletzungen zufügen, ist ein bedrohliches Zeichen. Es verweist weniger auf ein zu schwaches Strafrecht als auf eine überlastete Justiz, die Straftaten gegen Polizisten nicht schnell genug bestraft. Und möglicherweise verweist es auch auf eine Gesellschaft, die gegenüber der Polizei insgeheim mehr Skepsis als Schutzdank empfindet. Die Polizei muss uns kein „Freund und Helfer“ sein, diese infantilisierende Ausdrucksweise klingt immer schon seltsam unrealistisch. Aber Respekt für die Einsatzbereitschaft, für die Entbehrungen und sich ständig ändernden Bedrohungslagen dieses Berufs, den müsste man schon aufbringen können. Wenn Polizeikollegen aus Thüringen jetzt in einer eindrucksvollen Videobotschaft in Gedenken an den ermordeten Rouven L. immer wieder den einen Satz wiederholen: „Einer von uns“, dann sollten wir ihn leise mitsprechen. SIMON STRAUSS

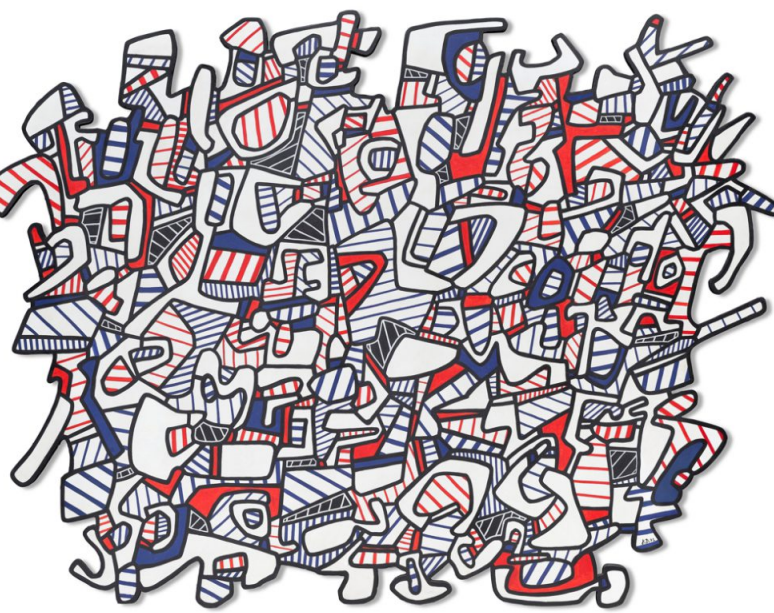
Manchmal können Versprecher freudsche Fehlleistungen sein: Als Cécile Verdier, die Frankreich-Chefin des Auktionshauses Christie's, vorige Woche in Paris die Versteigerung mit Werken aus der Unternehmenssammlung des Autoherstellers Renault eröffnete, verrutschten ihr die Worte „nous sommes honorés“ zu „onéreux“. So ließ die einleitende Bekräftigung „Wir fühlen uns geehrt“ mitklingen: „Wir fühlen uns kostspielig“. Hinsichtlich der 33 Lose, die zur Auktion kamen, drückte der Lapetus aus, was unausgesprochen im Raum stand: Unbehagen über die Zerstreuung emblematischer Kunstwerke, die zu einem historisch einzigartigen Sammlungsensemble gehörten. In den Wochen zuvor war in französischen Zeitungen und der Kunstwelt des Landes eine heftige Kontroverse über den Sinn und die moralische Rechtmäßigkeit der Versteigerung entbrannt, die schließlich zehn Millionen Euro einspielte, weit mehr als erwartet.

Die Sammlung Renault ist nicht mit anderen Unternehmenskollektionen zu vergleichen, die in erster Linie prestigevolles Investment sind. Sie geht auf die späten Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts zurück, als ein kunstbegeisterter Abteilungsleiter bei Renault, Claude Renard, in den Vereinigten Staaten die Idee von Kunstwerken am Arbeitsplatz entdeckte und nach Frankreich brachte. Im Pariser Renault-Werk auf der Seine-Insel Seguin entwickelte er – vom damaligen Firmenchef Pierre Dreyfus unterstützt – ein Konzept, das Kunstinspiration und industrielle Innovation verbinden sollte. Für dessen Umsetzung gründete er eine Abteilung für „Recherche, Kunst und Industrie“, die, mit einem entsprechenden Budget ausgestat-

Durften diese Werke verkauft werden?

Umstrittene Auktion: Der Autohersteller Renault trennt sich von Teilen seiner Kunstsammlung.

Von Bettina Wohlfarth, Paris



Brachte Renault 1,37 Millionen Euro: Jean Dubuffet, „Lice tapisse“, 1972
Foto Christie's/VG Bild-Kunst, Bonn 2024

tet, zeitgenössische Avantgardekünstler wie Jean Dubuffet, Victor Vasarely, Jean Dewasne, Julio Le Parc oder Jesús-Rafael Soto ins Unternehmen holte. Sie tauschten sich vor Ort mit den Angestellten aus, ob Arbeiter oder Ingenieur. Werke wurden in Auftrag gegeben, manchmal im monumentalen Maßstab wie für die Eingangshalle oder die Cafeteria des Firmensitzes. Vasarely kreierte das Rauten-Logo des damals staatlichen Unternehmens, das wie kein anderes in Frankreich die Idee einer sozial ausgerichteten französischen Industriekultur verkörperte.

Bei Dubuffet bestellte Renault die Ausstattung eines Entspannungsbereiches, den der Künstler mit seinen rot-blau-weißen Hourloupe-Skulpturen in Form von Stühlen, Bänken und Bäumen bestückte. Auch Maschinen oder Materialien konnten genutzt werden. Der für seine „Akкумуляtionen“ bekannte Künstler Arman stellte von 1967 an mehr als hundert Werke bei Renault her und verwendete dazu Karosserie- und Motorenteile. Mehr als zwanzig seiner Arbeiten gingen in die Sammlung ein, die auch Ankäufe, etwa von Gemälden amerikanischer Künstler wie Robert Rauschenberg oder Sam Francis, erweiterten.

1986 hatten sich die Zeiten geändert. Das spekulationsfreie, kreative, dialogfreudige Experiment industriellen Mäzenatentums wurde eingestellt, wobei ein Teil der Werke, die durch die Zusammenarbeit mit Künstlern entstanden waren, an diese zurückgegeben wurden. Über die folgenden Jahrzehnte hinweg hat Renault etwa 350 Arbeiten von 35 Künstlern und eine Sammlung mit zweihundert Fotografien bewahrt. Mangels einer festen Ausstellungseinrichtung und ausreichender fi-

nanzier Mittel fristete sie ein Schattendasein.

Bis jetzt: Die Kontroverse um die Auktion bei Christie's hat Renaults einstiges Kunstengagement und die Qualität der damit verbundenen Werke wieder ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Unter den Hammer kamen allein fünf Werke von Dubuffet, Gemälde von Vasarely, Rauschenberg und Sam Francis, Skulpturen von Joan Miró, Niki de Saint Phalle und Jean Tinguely. Delphine Renard, die Tochter des Begründers der Sammlung, hatte versucht, die Zerstreuung zu verhindern, und die Presse alarmiert. In einem Communiqué legte sie dar, dass der Verkauf eines Teils der Kollektion deren Geist widerspreche. Den Künstlern sei zugesichert worden, ihre Werke verblieben in der Sammlung: „Unter keinen Umständen durften diese Werke Gegenstand finanzieller oder kommerzieller Transaktionen werden.“ Auch der ehemalige Kulturminister Jack Lang setzte sich für den Erhalt der Sammlung in ihrer Gesamtheit ein und schrieb an seinen Nachfolgerin Rachida Dati. Seit 2021 steht Dati allerdings im Zusammenhang mit Vergütungen, die sie von Renault erhalten hatte, wegen „passiver Korruption“ unter Anklage. Die Ministerin reagierte nicht.

Sowohl Renault als auch Christie's hatten vor der Auktion die Rechtslage prüfen lassen. Juristisch stand ihr nichts entgegen. Paul Nyzam, der zuständige Experte des Versteigerungshauses, erklärte gegenüber der Tageszeitung „Le Figaro“, sämtliche Künstler oder deren Rechtsnachfolger seien bezüglich zur Auktion stehender Werke vorab kontaktiert worden, keiner von ihnen habe sich gegen einen Verkauf ausgesprochen. Berechtigt zu sein bedeutet aber nicht unbedingt,

recht zu haben. Mehrere Dokumente, die von Delphine Renard zitiert werden, belegen, dass ein moralischer Vertrag mit den Künstlern bestand. Die für Renault geschaffenen und in der Sammlung befindlichen Werke galten als „unveräußerlich“. Die Familie von Simon Hantai briefte sich auf einen entsprechenden Brief des Künstlers und verweigerte die Billigung der Versteigerung eines seiner Werke.

Wie die neue Leiterin der nun gegründeten Fondation Renault, Catherine Gros, dem „Figaro“ mitteilte, gehe der Auktionserlös in den Stiftungsfond ein, der die Weiterführung der Sammlung garantiere. Ein Fokus soll auf Streetart als Avantgardekunst der Gegenwart gelegt werden. Ob das ausreicht, den Geist der amputierten Sammlung wiederzubeleben, bleibt dahingestellt. Laut Stéphane Corréard, Kunsthändler und Berater für Renault, ebenfalls vom „Figaro“ befragt, kann die Kollektion nun endlich restauriert und durch Partnerschaften mit Museen und Stiftungen öffentlich gezeigt werden.

Letzteres wäre schon früher möglich gewesen. „Es hätte genügt, sich an ein beliebiges Museum zu wenden, um diese phantastische Sammlung zu retten“, beklagte François Barré, ehemaliger Präsident des Centre Pompidou, in der Zeitschrift „Journal des Arts“. Die für 10,6 Millionen Euro versteigerten Werke aus einer Sammlung, die kunsthistorisch und sogar ideengeschichtlich eine Epoche symbolisierte, sind nun in alle Winde verteilt. Der Nettogewinn der Renault-Gruppe belief sich im vergangenen Jahr auf 2,2 Milliarden Euro. Der Ankauf von Streetart hätte vielleicht auch ohne die Auktion ins Budget gepasst – und sogar von der Steuer abgesetzt werden können.